

Plutoniumwirtschaft

30 Kilogramm Plutonium werden in Sellafield vermisst

Der jährliche Kontrollbericht der britischen Atomenergiebehörde weist zum Ende des Jahres 2004 für die Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield einen „Verlust“ von 29,6 Kilogramm Plutonium auf, genug für den Bau von 7 bis 8 Atombomben. Bereits 2003 waren 19 Kilogramm des radioaktiven Materials als „verschwunden“ gemeldet worden. Das berichtete am 17. Februar 2005 die britische Tageszeitung Times. Die Betreiberfirma British Nuclear Fuels und das britische Industrieministerium beteuern jedoch, das Material sei nicht physisch abhandeln gekommen, sondern es handele sich um ein Buchhaltungsproblem. Die Differenz erkläre sich aus geschätzten Spaltstoffmengen beim Wareneingang, die selten mit den meßbaren Werten nach der Verarbeitung übereinstimmten. Die Unterschiede seien „nicht verwunderlich“.

Unabhängige Fachleute geben sich jedoch beunruhigt. Die Times zitiert die Experten John Large und Frank Barnaby. Im „gegenwärtigen Klima der Angst vor Terroristen würde man eigentlich erwarten, daß die Industrie ganz besondere Sorgfalt walten läßt“, meinte Large. Laut Barnaby ist es zwar nicht ungewöhnlich, daß radioaktives Material verschwindet, der Vorgang belege jedoch die Gefahren der Wiederaufarbeitung, weil „sich nicht sicher sagen läßt, worum es sich bei dem verschwundenen Material nun eigentlich handelt“.

Sellafield gehört zu den ältesten Nuklearanlagen der Welt. Es ist Atomkraftwerk, Plutoniumschmiede und zentrale Lagerstätte für Atommüll in einem. Bereits 1946 hatte die britische Regierung beschlos-

sen, nahe Sellafield eine Anlage zur Urananreicherung zu errichten. 1956 wurde auf dem Gelände ein Atomkraftwerk in Betrieb genommen, das erst vor zwei Jahren wegen technischer Schwierigkeiten endgültig abgeschaltet wurde. 1964 wurde die erste Anlage zur Wiederaufarbeitung von Nuklearbrennstoff in Betrieb genommen. Weitere derartige Anlagen folgten 1985 und 1997. Umweltschützer beklagen die von Sellafield ausgehende besondere Verseuchung der Irischen See und der Nordsee. Die Europäische Union fordert seit geraumer Zeit in Gestalt ihres Kommissariats für Energie und Verkehr vergeblich uneingeschränkten Zugang für ihre Kontrolleure und eine korrekte Erfassung der gefährlichen Stoffe. Großbritannien weigere sich seit vier Jahren, geforderte Informationen über die radioaktiven Abfälle zu übermitteln. ●

Atomwirtschaft

„Tolles Produktionsergebnis“

BMU: „Weiter so!“

Im Jahr 2004 wurden in den 18 in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerken insgesamt 167,1 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt. Das meldete die Werbeorganisation der deutschen Atomwirtschaft, das Deutsche Atomforum e.V., am 25. Januar 2005. Damit sei die Produktivität des Vorjahres (2003: 165,1 Milliarden Kilowattstunden) übertroffen. Zum sechsten Mal in Folge Spitzenreiter unter den deutschen Kernkraftwerken sei im vergangenen Jahr der Reaktor

Isar 2 mit einer Stromerzeugung von 12,2 Milliarden Kilowattstunden bei einer Leistung von 1.475 Megawatt gewesen. Für den Sprecher des Deutschen Atomforums Christian Wößner liegen damit die Vorzüge der Kernenergie bei „einem ausgewogenen Energiemix“ in ihrer Wettbewerbsfähigkeit, der Versorgungssicherheit und in der Klimavorsorge.

Zu dieser Meldung über das „tolle“ Produktionsergebnis der deutschen Atomkraftwerke (AKW) erklärte am selben Tag der Sprecher des Bundesumweltministeriums (BMU), Michael Schroeren: „Dank der vom Atomforum gerühmten Produktivität der deutschen Atomkraftwerke ist der Atomausstieg im zurückliegenden Jahr zügig vorangeschritten. Die im Atomkonsens 2000 vereinbarte Reststrommenge schmilzt rapide zusammen. Von den rund 2.623 Terawattstunden, die in den deutschen AKWs noch erzeugt werden darf, sind nur noch rund 1.800 Terawattstunden übrig. Mit anderen Worten: Vier Jahre nach dem Atomausstieg ist der Atomausstieg bereits zu einem Drittel vollzogen. Da kann man nur sagen: Weiter so!“

Im Atomkonsens mit den Atombetreibern war im Jahr 2000 für jedes einzelne Atomkraftwerk eine Reststrommenge festgelegt worden, die dort (gerechnet ab 1. Januar 2000) noch erzeugt werden darf, insgesamt 2.623,30 Terawattstunden (1 Terawattstunde = 1 Milliarde Kilowattstunden). Sobald eine Anlage die ihr zugewiesene Strommenge produziert hat, erlischt ihre Betriebsgenehmigung. Der Fortschritt des Atomausstiegs läßt sich demnach am Stand der noch verfügbaren Reststrommenge ablesen. Die Zahlen werden, gesondert nach den einzelnen Anlagen, regelmäßig auf der Internetseite des Bundesamtes für Strahlenschutz (www.bfs.de) veröffentlicht. 2003 war das Atom-

kraftwerk Stade abgeschaltet worden. Als nächstes folgt Obrigheim, das seine Reststrommenge voraussichtlich im Frühjahr 2005 erschöpft haben wird. ●

Atompolitik

CASTOR-Gegner vor Gericht gegen den Bundesgrenzschutz erfolgreich

Der Bundesgrenzschutz (BGS) darf Demonstranten nicht die Kosten für seine Einsätze in Rechnung stellen. Das hat am 22. Februar 2005 das Verwaltungsgericht Schleswig entschieden. Das Grenzschutzpräsidium Nord hatte Aktivisten, die sich an verschiedenen Anket-Aktionen gegen CASTOR-Transporte beteiligt hatten, Leistungsbescheide geschickt. Darin stellte der BGS Kosten für Personal, Fahrzeuge und eingesetzte Geräte in Rechnung, die angeblich nötig waren, um die Zugstrecken wieder freizubekommen. Die Umweltschützer hatten gegen die Bescheide geklagt und nun Recht bekommen.

In der Klage der Umweltschützer war es auch um die besonders öffentlichkeitswirksame Betonblock-Aktion gegen den Atommüll-Transport nach Gorleben im März 2001 gegangen, an der sich Aktivisten von ROBIN WOOD und aus dem wendländischen Widerstand beteiligt hatten. Sie sollten zusammen 14.301,28 DM (7.312,12 Euro) für den Einsatz des BGS bezahlen.

Das Verwaltungsgericht Schleswig stellte nun fest, daß es sich bei den Anket-Aktionen um Versammlungen gehandelt habe, die durch Artikel 8 des Grundgesetzes geschützt sind. Die Polizei hätte